

Gotschlich, Helga

Wie gründet man ein Institut? Das Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung e.V., Berlin

Dudek, Peter [Hrsg.]; Tenorth, Heinz-Elmar [Hrsg.]: *Transformationen der deutschen Bildungslandschaft. Lernprozeß mit ungewissem Ausgang. Weinheim u.a. : Beltz 1993, S. 127-135. - (Zeitschrift für Pädagogik, Beiheft; 30)*



Quellenangabe/ Reference:

Gotschlich, Helga: Wie gründet man ein Institut? Das Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung e.V., Berlin - In: Dudek, Peter [Hrsg.]; Tenorth, Heinz-Elmar [Hrsg.]: *Transformationen der deutschen Bildungslandschaft. Lernprozeß mit ungewissem Ausgang. Weinheim u.a. : Beltz 1993, S. 127-135 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-105973 - DOI: 10.25656/01:10597*

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-105973>

<https://doi.org/10.25656/01:10597>

in Kooperation mit / in cooperation with:

BELTZ JUVENTA

<http://www.juventa.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Zeitschrift für Pädagogik

30. Beiheft

Zeitschrift für Pädagogik

30. Beiheft

Transformationen der deutschen Bildungslandschaft

Lernprozeß mit ungewissem Ausgang

Herausgegeben von

Peter Dudek und H.-Elmar Tenorth

Beltz Verlag · Weinheim und Basel 1993

Die in der Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, im Magnettonverfahren oder ähnlichem Wege bleiben vorbehalten. Fotokopien für den persönlichen oder sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopie hergestellt werden. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder benützte Kopie dient gewerblichen Zwecken gem. § 54 (2) UrhG und verpflichtet zur Gebührenzahlung an die VG Wort, Abteilung Wissenschaft, Goethestr. 49, 8000 München 2, von der die einzelnen Zahlungsmodalitäten zu erfragen sind.

© 1993 Beltz Verlag · Weinheim und Basel

Herstellung (DTP): Klaus Kaltenberg

Satz: Satz- und Reprotechnik GmbH, Hemsbach

Druck: Druck Partner Rübelmann GmbH, Hemsbach

Printed in Germany

ISSN 0514-2717

Bestell-Nr. 41131

Inhaltsverzeichnis

PETER DUDEK/H.-ELMAR TENORTH

Vorwort.....	7
--------------	---

I.

SIEGFRIED WOLF

Worte, in den Wind gesprochen.....	13
------------------------------------	----

II.

KLAUS JÜRGEN TILLMANN

Staatlicher Zusammenbruch und schulischer Wandel. Schultheoretische Reflexionen zum deutsch-deutschen Einigungsprozeß.....	29
--	----

GUNDEL RICHTER/BERND-REINER FISCHER

Städtischer Schulalltag im Wandel. Eine Lehrerperspektive.....	37
--	----

BENNO HAFENEGER

Aus westlicher Sicht. Ein Bericht über Lehr-Erfahrungen im revolutionären Wandel	49
--	----

GERD EGGERS

„Nun sag’, wie hast du’s mit der Religion?“ Erlebnisse und Reflexionen um einen Brandenburger Modellversuch im Kontext gesamtdeutscher Schulreform	61
--	----

III.

ULRICH WIEGMANN

SED-Führung – Administration – erziehungswissenschaftliche Zentrale. Zur Entwicklung der Machtverhältnisse im Volksbildungsbereich der DDR an der Schwelle zur „entwickelten (real)sozialistischen Gesellschaft“	75
--	----

HEIKE KAACK

Reform im Wartestand. Die Bildungspolitik der DDR im Sommer 1989.....	89
---	----

BERND-REINER FISCHER

Ein auslaufendes Modell. Das Verschwinden des DDR-Wissenschaftlers	103
--	-----

WOLFGANG EICHLER/CHRISTA UHLIG

Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR	115
---	-----

HELGA GOTSCHLICH

Wie gründet man ein Institut?	127
-------------------------------------	-----

IV.

CHRISTINE LOST

Der pädagogisch-totalitäre Anspruch in der DDR. Seine Entwicklung an Beispielen 139

GERNOT BARTH

Bildung und Politik. Humboldt und die DDR-Pädagogik 149

LOTHAR WIGGER

Die Wende der DDR-Pädagogik. Eine Inhaltsanalyse von „Pädagogik“ und „Pädagogik und Schulalltag“ 161

WOLFGANG SEITTER

Abwicklung museal geronnener Geschichte. Bemerkungen zur museumspädagogischen Arbeit in der DDR 181

V.

CHRISTOPH FÜHR

Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Lehrerbildung in den neuen Ländern. Ihre Entstehung und ihre Zielsetzungen 195

WOLFGANG EDELSTEIN/ULRICH HERRMANN

Potsdamer Modell der Lehrerbildung 199

HEINZ-HERMANN KRÜGER/THOMAS RAUSCHENBACH

Über die Schwierigkeiten deutsch-deutscher Annäherung. Notizen zum „Neuaufbau“ der Erziehungswissenschaft am Beispiel Halle 219

PETER MENCK

Pädagogik in und nach der Wende. Ein Beispiel 237

VI.

ELKE BOVIER/KLAUS BOEHNKE

Einheit? Ein Vergleich der Werthaltungen von Ost- und Westberliner Lehramtsstudentinnen und -studenten vor der Währungsunion 245

BERND STICKELMANN

Sozialpädagogik als Westimport? Erfahrungen in der Fortbildung 259

YVONNE G. LÜDERS

Protokoll eines schwierigen Forschungseinstiegs 273

HELMUT HAFEMANN

Von der Schwierigkeit, Demokratie und Selbstorganisation einzuüben. Erfahrungen im Aufbauprozeß des Landesjugendrings Thüringen 283

VII.

PETER DUDEK/H.-ELMAR TENORTH

Transformationen der deutschen Bildungslandschaft. Rückblick in prospektiver Absicht 301

Autorenspiegel 329

Wie gründet man ein Institut?

Das Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung e.V., Berlin

Das mir von den Herausgebern dieses Beiheftes der „Zeitschrift für Pädagogik“ vorgegebene Thema verrät einiges über die Absender und zielt weniger auf den Kern des eigentlichen Problems. Dies aber ist dem gegenwärtigen Verständigungsproblem in Deutschland durchaus adäquat: Die Westdeutschen und die Ostdeutschen reden – trotz vermeintlicher oder tatsächlicher Sympathie füreinander – oft aneinander vorbei. Worte haben einen anderen Sinn, der gleiche Satz im Westen transportiert eine andere Botschaft als im Osten. Die Crux der mir gestellten Frage liegt in der Vorstellung, daß sich eine Institutsgründung – wie gewöhnt – auch im Osten vollzogen hat. Vielleicht etwas schwieriger, man ahnt ja was, aber im wesentlichen läuft das analog, also normal. Ein fataler Irrtum! Die gesellschaftliche Situation, in der unser Institut entstand, war ohne historisches Beispiel. Darum war nichts normal: weder die Absicht noch die Umstände, noch das Resultat.

1. Warum ein Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung?

In der DDR befand sich die Jugendforschung im Prokrustesbett. Sie hatte die staatliche Jugendpolitik, die im wesentlichen die Jugendpolitik des Politbüros des ZK der SED war, als richtig zu bestätigen. Andere Erkenntnisse verschwanden als Geheime Verschlusssache in den Tresoren der Herrschenden und blieben ohne Konsequenzen für die praktische Politik. Das war und ist zumeist bekannt. Weithin unbekannt blieb, daß es wiederholt Versuche von DDR-Wissenschaftlern gab, aus diesem Teufelskreis auszubrechen und eine autonome Jugendforschung zu etablieren, etwa ein Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung zu gründen. Vorgelegte Konzeptionen blieben ergebnislos. Erst im Frühjahr 1990 war Erfolg in Sicht, inzwischen war HONECKER entmachtet und das letzte DDR-Kapitel eingeläutet worden. Auch an der Spitze der Akademie der Wissenschaften hatte es Veränderungen gegeben. Insofern kam das Präsidium auf seiner Sitzung am 18. April 1990 zu dem nun nicht mehr unerwarteten Entschluß, der von mir eingereichten „Konzeption zur Bildung und Profilierung eines Institutes für zeitgeschichtliche Jugendforschung der AdW der DDR“ zuzustimmen. Die Akademiker teilten meine Auffassung, daß es einerseits erforderlich war, vor dem Hintergrund der sich anbahnenden Vereinigung der beiden deutschen Staaten Entwicklungen unter DDR-Jugendlichen forschend zu begleiten. Und daß es andererseits erforderlich wurde, die in 40 Jahren DDR-Geschichte praktizierte Jugendpolitik und ihre Auswirkungen auf mehrere Generationen wissenschaftlich zu untersuchen. Für diese Aufgaben schienen kritische Wissenschaftler aus der DDR nicht nur verpflichtet und moralisch legitimiert zu sein. Sie waren aufgrund ihrer hier erfolgten Sozialisation dafür auch prädestiniert. Allerdings, darauf verwies das Akademie-Präsidium expressis verbis, sollten kooperative Beziehungen zu bundesdeutschen wissenschaftlichen Einrichtungen

aufgenommen und Kontakte zur internationalen Jugendforschung geknüpft werden. Diese bestanden ohnehin zu diesem Zeitpunkt bereits. Bis zu jener entscheidenden Sitzung im April 1990 war folgendes geschehen:

Um die Jahreswende waren überall in der DDR in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und auf unterschiedlichen Ebenen Runde Tische entstanden, die den Machtverlust der existierenden Staatsorgane kompensieren und ein Chaos verhindern sollten. Im Hause des Zentralrats der zusammenbrechenden Freien Deutschen Jugend (FDJ) trafen sich mittwochs und an den Wochenenden die Vertreter der mehr als drei Dutzend neuen Jugendorganisationen an einem Zentralen Runden Tisch der Jugend. Zu diesen Zusammenkünften wurde auch ich geladen. Im Februar 1990 wurde mir von diesem Gremium das Mandat erteilt, in einer sogenannten Regierungskommission mitzuwirken, die sich um das Millionenvermögen der FDJ kümmern sollte. Im Februar erhielt ich den Auftrag, eine Begegnungsstätte für Jugendliche aus Ost und West in einem „Haus der Jugend“ zu konzipieren, die in eben diesem ehemaligen Zentralratsgebäude in Berlin Unter den Linden einziehen sollte. Teil des Planes war auch die Etablierung eines Instituts für zeitgeschichtliche Jugendforschung unter diesem Dache. Das Hauskonzept wurde Anfang März 1990 vom Runden Tisch der Jugend bestätigt, der Antrag auf Institutsgründung erging an das Akademie-Präsidium.

Bereits im Januar 1990 war ich in Bonn im Bundesministerium für Jugend, Frauen, Familie und Gesundheit in dieser Sache vorstellig geworden. Herr Ministerialdirektor Dr. DETTLING, dem die Absicht vorgetragen wurde, ein Institut in Ostberlin zu gründen, in das auch das Archiv des Zentralrats als ein Jugendspezialarchiv integriert werden sollte, zeigte sich gegenüber diesen Plänen sehr aufgeschlossen. Er signalisierte, daß eine solche Einrichtung mit den Bereichen Forschung und Archiv im Osten eine Perspektive im geeinten Deutschland haben werde, und stellte finanzielle Mittel in Aussicht.

2. Wo lagen die Schwierigkeiten?

Auf der administrativen Ebene gab es im Vorfeld der Institutsgründung kaum Probleme. Es war der deutliche Wille aller Beteiligten erkennbar, so rasch wie möglich notwendige Entscheidungen zu treffen und das Institut auf den Weg zu bringen. Hinhaltender Widerstand erwuchs zunächst einzig aus der FDJ-Führung, die aus einer Bunkermentalität heraus alle Aktionen des Runden Tisches, von mir und von Mitarbeitern des Archives zur Sicherung und Rettung von FDJ-Unterlagen, Sachzeugnissen und Dokumenten als Einmischung in Verbandsangelegenheiten betrachtete. Vorsätzlich oder auch aus Unwissenheit wurde zeit-historisches Material in den Einrichtungen der FDJ vernichtet. (Dies betraf jedoch nicht die Unterlagen im FDJ-Archiv, das 1965 als „Verwaltungsarchiv des FDJ-Zentralrates“ gegründet und Mitte der 80er Jahre in ein historisches Archiv umgewandelt worden war.) Aber im Hause des Zentralrates ratterten seit Ende 1989 unaufhörlich die Reißwölfe, in Kreis- und Bezirksleitungen der FDJ, in Sonderschulen des Zentralrates, in Einrichtungen der Pionierorganisation wurden die Gebäude geräumt und Papiere beseitigt. Es begann ein dramatischer Wettlauf mit der Zeit, denn an jedem Tag ging unwiederbringliches Material verloren. Nachdem die Vernichtungsaktion namentlich im Hause des Zentralrates gestoppt werden konnte, wurden Verhandlungen mit der FDJ-Leitung zur Übernahme der Archivbestände und aller noch vorhandenen Unterlagen aufgenommen. Diese kamen allerdings erst von der Stelle, als das Büro des DDR-Ministerpräsidenten sich einschaltete. Im Bei-

sein eines Vertreters der vom Ministerrat eingesetzten Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens von Parteien und Massenorganisationen erfolgten am 7. Juni 1990 im Ministerium für Jugend und Sport die abschließenden Gespräche mit der FDJ-Führung. Im Ergebnis dieser Beratung wurde festgelegt, daß das FDJ-Archiv dem Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung übereignet wird. Am 27. Juni unterzeichneten die Vertreter der FDJ und ich als designierte Instituts-Direktorin einen entsprechenden Vertrag.

3. Was passierte in den ersten Monaten der Existenz des Instituts?

Planmäßig wurde am 1. Juli 1990 das Institut aus der Taufe gehoben und die Autorin als Instituts-Direktorin amtseingeführt. Dem Akt wohnten namhafte Gäste aus Politik und Wissenschaft bei. Die Ministerin für Jugend und Sport der DDR, Frau CORDULA SCHUBERT (CDU), begründete in ihrer Rede die Notwendigkeit einer eigenständigen Jugendforschung im Osten. Auf die realistischen Perspektiven, die sich aus der Institutsgründung ergeben würden – nachdem sie an entsprechende Defizite und an ungenutzte Gelegenheiten nach 1945 in beiden Teilen Deutschlands erinnert hatte –, verwies auch die Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Frauen und Jugend, Dr. EDITH NIEHUIS (SPD), in einem Presseinterview. „Mit dem Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung und seinem Archiv haben wir eine solch gute Chance durch eine günstige Konstellation: ein vertrauenswürdiges Team mit DDR-Erfahrung plus Einheit von Forschung und Archiv unter einem Dach.“¹

Das Interesse der Medien war groß (allein im ersten Vierteljahr nahmen 42 Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehstationen vom Institut Notiz), und auch gesellschaftliche Einrichtungen zeigten sich aufgeschlossen. In das am 10. Juli 1990 durch die Ministerin für Jugend und Sport gebildete 20köpfige Jugendkuratorium beispielsweise wurde auch die Institutsdirektorin berufen und zu dessen stellvertretender Vorsitzenden gewählt. Und der Arbeitskreis „Geschichte der Jugend des 20. Jahrhunderts“, von Dr. MICHAEL BUDDRUS und mir im Februar 1990 gegründet, wuchs nach der Institutsgründung auf über 70 Mitglieder an. Die dort versammelten Pädagogen, Historiker, Soziologen – Theoretiker und Praktiker – befruchteten die Arbeit des Instituts nachweislich.

Auf der anderen Seite hing das Institut als Einrichtung der Akademie der Wissenschaften der DDR zumindest finanziell vollständig in der Luft. Am 2. Juli 1990 trat die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion in Kraft, am 3. Oktober 1990 sollte der Beitritt der DDR zur BRD erfolgen. Diese Umbruchsituation – praktisch galten die Bestimmungen der DDR nicht mehr, die der Bundesrepublik aber noch nicht – führte zu dramatischen Konflikten nicht nur für das soeben gegründete Institut. Zusagen, selbst von Ministern, wurden innerhalb weniger Wochen hinfällig. Das gesprochene und auch das geschriebene Wort verlor seine Bedeutung. Was gestern beschlossen worden war, galt schon am nächsten Tag nicht mehr. Der vom Institut aufgestellte Haushaltsplan blieb zunächst ein Stück Papier. Auch die von der AdW zugesicherte Starthilfe blieb aus. Am 6. Juli 1990 ließ mich der Minister für Forschung und Technologie der DDR, Prof. Dr. TERPE, wissen, daß der Akademie zwar ein staatlicher Zuschuß in Höhe von 17,9 Millionen DM zugebilligt worden sei, aber die Aufteilung der Mittel erst nach Bestätigung des Haushaltsplanes der Aka-

1 NIEHUIS, E.: Akten müssen hier genutzt werden. In: Junge Welt Nr. 97 (1991), S. 3.

demie erfolgen könne. Die Mitgift der Akademie für das Institut bestand darum einzig aus altem Mobiliar.

Ende Juli hatten wir also nicht einmal das Geld, um Miete und Telefonrechnungen zu bezahlen. Bitten und Nachfragen bei Parteien, Bürgerbewegungen, der Berliner Senatsverwaltung und in Bonn blieben ohne greifbares Resultat. Endlich entschloß sich das Ministerium für Jugend und Sport der DDR zu einer Anschubfinanzierung und bewilligte uns Mittel für Forschungsprojekte. Die ebenfalls zugesicherte Grundsockelfinanzierung für das Institutsarchiv wurde jedoch schon im August von Bonner Behörden wieder in Frage gestellt.

All das erzeugte ein Klima der Ungewißheit und von Orientierungslosigkeit, das noch verstärkt wurde durch die Auflösungsprozesse der Akademie der Wissenschaften der DDR, der das Institut de facto noch angehörte. Das Schicksal von 24.000 Mitarbeitern in den über siebzig Instituten stand in den Sternen. Inzwischen hatte der in Köln ansässige Wissenschaftsrat, die traditionelle Prüfstelle für wissenschaftliche Einrichtungen in der Bundesrepublik, gemäß Einigungsvertrag seine Gutachtertätigkeit auf das Territorium der DDR ausgedehnt. Am 11. Juli 1990 richtete die Geschäftsstelle des Rates auch ein Schreiben mit 23 Fragen an das Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung und bat um deren baldige korrekte und ausführliche Beantwortung. Schon die ersten Fragen an uns offenbarten die Unkenntnis der Sachlage. „Welches sind derzeit die wichtigsten Arbeitsschwerpunkte? Hat es in den letzten fünf Jahren Veränderungen gegeben? Welche Veränderungen sind insbesondere seit November 1989 eingetreten? Ist eine Neubestimmung der Arbeitsschwerpunkte geplant?“²

Die Antworten füllten schließlich 272 Seiten. Die Auskünfte wurden im Januar und im März 1991 weiter präzisiert und ergänzt, da inzwischen die Arbeit des Instituts fortgeschritten war.

Im Herbst 1990 bewilligte Bonn endlich eine Übergangsfinanzierung für das Institut einschließlich seines Archivs. Damit verfügten wir über ausreichend Mittel für das IV. Quartal 1990 sowie für 1991. Und nachdem im November 1990 auch der Haushalt der Akademie der Wissenschaften bestätigt worden war, konnte das Institut auch endlich die aufgelaufenen und aktuellen Personal- und Sachkosten begleichen.

Neben der permanenten Last materieller Unsicherheit und offener Fragen hinsichtlich der Zukunft der Akademie und des Instituts trugen wir von Anfang an auch an der Bürde eines eigenartigen Rechtfertigungsdruckes. Wiederholt wurden wir genötigt, öffentlich den Nachweis für die Notwendigkeit unserer Einrichtung zu erbringen. Vor allem aus den alten Bundesländern kamen Stimmen, die einerseits unsere moralische Legitimation und wissenschaftliche Kompetenz in Zweifel zogen, andererseits auf ihre zweifellos vorhandenen Erfahrungen bei der Jugendforschung hinwiesen, die sie nun mißachtet wähten. In einem Brief, nicht an uns, sondern an Regierungsvertreter gerichtet, hieß es z.B.: „Wir halten es für abwegig, derart umfangreiche und unterschiedliche Arbeits- und Problemfelder sachgerecht bewältigen und zugleich ein derart umfangreiches Archiv fachgerecht aufarbeiten und verwalten zu wollen.“³

Das von Unkenntnis und Vorbehalten geprägte Schreiben gipfelte in der Unterstellung, das „im April 1990 aus dem Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften“

2 Brief des Wissenschaftsrates Köln an das IzJ, 11. Juli 1990.

3 [Wir haben die Namen der Briefschreiber an dieser Stelle anonymisiert, da es uns nicht um eine personenbezogene Kontroverse geht. Anm. des Hrsg.]

ten der DDR“ hervorgegangene Institut sei „wissenschaftlich und publizistisch in keiner Weise ausgewiesen. Wir bedauern es, daß die für dieses Institut Verantwortlichen ihre Profilierung in Ausgrenzung der renommierten Archive und Institute versuchen.“⁴ Abgesehen davon, daß wohl jedes Institut Schwierigkeiten hat, unmittelbar nach seiner Konstitution schon Resultate der eben erst angelaufenen Forschung vorzuweisen, war die Feststellung, wir würden andere wissenschaftliche Einrichtungen ausgrenzen, schlicht unwahr. Durch die Übernahme des FDJ-Archivs ermöglichten wir erst den ungehinderten Zugang aller Interessenten zu den Unterlagen, wovon besonders Wissenschaftler regen Gebrauch machten. Überdies nahm und nimmt der Ende 1990 gebildete Wissenschaftliche Beirat unter der Leitung von Prof. Dr. WOLFGANG BENZ (Berlin) und Prof. Dr. HERMANN WEBER (Mannheim) Einfluß auf die Integration des Instituts in die gesamtdeutsche Wissenschaftslandschaft. Aber das genannte Schreiben schloß mit der desavouierenden Forderung, es gelte, „dieses Archiv einer professionellen Verwaltung und Leitung zu unterstellen. Dies kann der gegenwärtige Träger – ebenso wie jeder andere privatrechtliche Träger – nicht leisten“.

Auf diesen wie auf ähnliche Angriffe reagierte ich auch in einer öffentlichen Anhörung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages am 28. August 1991. Unter anderem verwies ich darauf, „daß Wissenschaftler, die die nunmehr aufzuarbeitende DDR-Geschichte selbst gelebt haben, für diese Aufgabe prädestiniert sind. Für Außenstehende sind die archivierten Zeugnisse nur Akten, für uns sind sie Elemente unserer Geschichte. Sollten wir nicht das Recht besitzen, damit eigenverantwortlich umzugehen? Aus diesen Gründen glauben wir, als Institut für unser Tun fachwissenschaftlich und moralisch hinlänglich legitimiert zu sein.“ Und auf die Einwände namentlich westdeutscher Kollegen eingehend, führte ich aus: „Warum dennoch die Forderung nach Inbesitznahme aller Ost-Akten, also auch unserer, unter Oberhoheit westdeutscher Berufskollegen? Weshalb trotzdem die mehr oder minder verschleierte Absicht nach Entmündigung ostdeutscher Wissenschaftler? Wieso dieses Begehren nach dem einzigen Kapital hiesiger Historiker, welches nicht im Verhältnis 2:1 bei der Währungsunion umgetauscht werden mußte? Die Antwort liegt bereits in der Frage. Jedermann weiß, daß die Erforschung der DDR-Geschichte uns Jahrzehnte beschäftigen wird. Da gibt es Arbeit, da gibt es gesellschaftliches Interesse – also Mittel –, da gibt es Anerkennung. Basis für unsere Wissenschaft sind Akten. Und je umfangreicher, besser und kenntnisreicher sortiert sie sind, desto günstiger ist die Ausgangslage für die Wissenschaftler, die sie verwalten. Ich verstehe das schamvoll respektive taktvoll ummanteelte Verlangen der Kolleginnen und Kollegen aus den alten Bundesländern, denn es ist begründet. Wir haben ihnen gegenüber so etwas wie einen Heimvorteil, der auch davon nicht aufgezehrt wird, daß jedem uneingeschränkt unsere Archive zugänglich sind. Aber er könnte dadurch geteilt werden, indem uns der Zugriff auf unsere Akten erschwert werden würde. Das scheint auf den ersten Blick gerecht. Auf den zweiten jedoch werden offenkundige Nachteile erkennbar:

1. Der Erkenntnisgewinn der deutschen Geschichtswissenschaft würde durch die eingeschränkte Berücksichtigung von im Osten vorhandenen Erfahrungen insgesamt verlangsamt werden.
2. Eine Zentralisierung beeinträchtigte einen produktiven gesamtdeutschen Wissenschaftspluralismus ...“⁵

4 [Wir haben die Namen der Briefschreiber an dieser Stelle anonymisiert, da es uns nicht um eine personenbezogene Kontroverse geht. Anm. des Hrsg.]

5 GOTSCHLICH, H.: Rede vor dem Innenausschuß des Deutschen Bundestages, 28. August 1991.

4. *Warum wurde das Institut vom Wissenschaftsrat positiv evaluiert, seine Auflösung trotzdem beschlossen, und machte dennoch weiter?*

Am 19. November 1990 weilte eine Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrates kurzzeitig in Berlin; ihr gehörten – bis auf einen Chemnitzler – nur westdeutsche Experten an. Es handelte sich ausnahmslos um Sozialwissenschaftler. Nur wenige folgten unserer Einladung zu einer Besichtigung der Institutsräume; der Bus, der die Arbeitsgruppe ins Archiv nach Pankow bringen sollte, blieb unbenutzt. Wenig Beachtung fanden auch die im Januar und März 1991 nachgereichten Ergänzungen des Instituts. Zwar sprach sich der Wissenschaftsrat in seinem Gutachten für einen „Vertrauensvorschuß“ für die „vergleichsweise jungen, fachlich gut ausgebildeten Mitarbeiter“ aus, empfahl jedoch ihre universitäre Anbindung als „Projektgruppe“ (damit die Auflösung des Instituts!) und die Abtrennung seines Archivs.

In einem 18seitigen Erwidierungsschreiben machte ich auf gewisse Flüchtigkeiten bei der Bewertung der von mir geleiteten Einrichtung aufmerksam: „So erklärt sich wohl, daß die Stellungnahme zu gewichtigen Sachverhalten des Instituts für zeitgeschichtliche Jugendforschung/Archiv oft unklar ist, häufig nicht den aktuellen Fakten entspricht oder gewichtige Aussagen ausspart.“⁶ Ich schloß mit der Feststellung: „Das Institut wollte in seiner Einheit von Forschung und Archiv eigenständig bleiben. Neben dem (AdW-) Institut gründeten wir 1990 einen ‚Verein für zeitgeschichtliche Jugendforschung‘. Er wurde im Oktober 1990 in das Vereinsregister eingetragen und erlangte Gemeinnützigkeit. Der e.V. könnte eine juristische Plattform für das Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung bilden, wäre dabei allerdings auf institutionelle staatliche Förderung angewiesen. An diesem Vorschlag möchten wir festhalten. Wir haben uns mit diesem Institut unter harten Bedingungen unsere wissenschaftliche Autonomie erkämpft und brauchen nun eine Chance für eigene Erfahrungen mit der wissenschaftlichen Freiheit in einem pluralistisch-demokratischen Deutschland. Wir bitten den Wissenschaftsrat um eine erneute und faire Überprüfung unserer Angelegenheit.“⁷

In dieser Auseinandersetzung hatte das Institut glaubwürdige und international renommierte Verbündete. Die Präsidentin des Research Committee 34 „Sociology of Youth“ und Vorsitzende des Circle for Youth Research Cooperation in Europe e.V. (CYRCE), Dr. SYBILLE HÜBNER-FUNK, wandte sich gleichfalls an den Wissenschaftsrat und plädierte entschieden für das Fortbestehen des Instituts. Es verdiene „nicht nur die uneingeschränkte Unterstützung und weitere Förderung durch das Wissenschaftssystem der BRD sondern auch den adäquaten Ausbau seiner zum Teil erst provisorischen Kapazitäten“.⁸ Und in einem ebenfalls im April 1991 veröffentlichten „Gutachten zum Forschungsbereich und Archiv des Instituts für zeitgeschichtliche Jugendforschung Berlin“, das von einer Experten-Gruppe unter Federführung von Prof. Dr. HORST DÄHN (Stuttgart) und Dr. WERNER MÜLLER (Mannheim) abgegeben wurde, hieß es ähnlich: „Für ein weitgefächertes Forschungsvorhaben unter dem Allgemein-Titel ‚Jugend unter der Diktatur‘ erscheint die Konzeption des Instituts für zeitgeschichtliche Jugendforschung – die Verbindung von Forschungsarbeit und Archiv – sinnvoll. Zweifellos wird in der Zukunft die zeitgeschicht-

6 GOTSCHLICH, H.: Brief an Prof. Dr. Max Kaase, 2. April 1991.

7 Ebd.

8 HÜBNER-FUNK, S.: Stellungnahme anläßlich der wissenschaftlichen Begutachtung des (vormals der AdW der DDR gehörenden) Instituts für zeitgeschichtliche Jugendforschung in Berlin durch den Wissenschaftsrat Köln, o.D.

liche Forschung zur früheren DDR an Gewicht gewinnen. Konzeption und bisherige Arbeit des IzJ sind geeignet, die dazu notwendige Forschungs- und Infrastruktur abzurunden.“⁹

Dennoch korrigierte der Wissenschaftsrat Köln seine gutachterlichen Empfehlungen nicht und hielt an seinen Prämissen fest, die von der Entwicklung längst überholt waren. Unabhängig von dieser Entscheidung konnte das Institut, da seine Finanzierung bis zum 31. Dezember 1991 als Akademie-Institut sichergestellt war, weiterarbeiten. Gemäß Artikel 38 des Staatsvertrages zwischen der DDR und der BRD durften die Akademieeinrichtungen bis zu jenem Tag als Einrichtungen der Länder fortbestehen, soweit sie nicht vorher aufgelöst oder umgewandelt worden waren. Was aber kam danach? Der Wissenschaftsrat in Köln hatte vorgeschlagen, sechs Wissenschaftler des Instituts und mich zunächst als Projektgruppe auf Zeit im Rahmen der Förderung von Arbeitsgruppen zu finanzieren und an eine Universität zu binden. Ich entwarf als Alternative ein Forschungsprogramm für ein universitäres An-Institut mit beiden Bereichen, also Jugendforschung und Jugendarchiv, und bot dieses der Brandenburger Landesuniversität Potsdam an. Entsprechende Gespräche im Frühsommer 1991 mit Vertretern des Wissenschaftsministeriums und dem Rektor der Universität, Prof. Dr. MIETZNER, nahmen zunächst einen positiven Verlauf. Ein für den 8. August anberaumter Termin, an dem eine definitive Entscheidung fallen sollte, wurde aus unbekanntem Grund kurzfristig abgesagt und verschoben, ein neuer Termin liegt zum gegenwärtigen Zeitpunkt – Mitte Februar 1992 – noch nicht vor.

Unabhängig davon bewarb sich im September 1991 ein Forscherteam des Instituts zur Teilnahme am Hochschulerneuerungsprogramm (HEP), mit dem Forschungspotentiale gesichert und die Hochschulforschung insgesamt gestärkt werden sollen.

5. Weshalb auch das Gerangel um das Archiv noch nicht beendet ist?

Das Archiv des Instituts für zeitgeschichtliche Jugendforschung stellt ein einmaliges Kulturgut in Europa dar. Es verfügt über etwa 60.000 Akten der FDJ-Führungsorgane verschiedener Ebenen, die die Geschichte der Jugend Ostdeutschlands nahezu lückenlos dokumentieren. Wir finden dort eine Plakatsammlung mit rund anderthalbtausend Motiven, circa 200 Zeitschriften- und Zeitungstitel, rund 10.000 Bücher und Broschüren, 25.000 Bilddokumente, Filme, Sachzeugnisse usw. Vieles von diesen Unterlagen wurde von den Mitarbeitern 1990/91 erst aus den neuen Bundesländern zusammengetragen und der öffentlichen Nutzung zugeführt. Das Archiv wird professionell betrieben. Das bestätigen Gutachter und Nutzer. Es beruht auf den Standards des Archivwesens der DDR und der Bundesrepublik. Alle Quellen sind uneingeschränkt zugänglich, einzig bei bestimmten sachbezogenen Akten und zum Schutz von Personendaten gibt es eine Sperrfrist von 10 Jahren. Und dennoch hatten oder haben wir Widersacher, die versuchen, die moralische Integrität der Mitarbeiter des Instituts öffentlich in Zweifel zu ziehen, ja sogar behaupten, bei uns würden heimlich Akten vernichtet. Das ist absurd (wir hatten diese ja erst gesichert und gerettet). Zum anderen wurde immer wieder die Rechtsträgerschaft angezweifelt, wurde und wird gefragt, ob die Eigentumsübertragung des FDJ-Archivgutes rechtswirksam erfolgt sei. Erinnern wir uns: Im Juni 1990 vereinbarten die Leitung der FDJ und das

9 DAHN, H./MÜLLER, W.: Gutachten zum Forschungsbereich und Archiv des Instituts für zeitgeschichtliche Jugendforschung Berlin, April 1991.

Institut, das FDJ-Archiv dem Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung zu übereignen. Sowohl das Institut als auch die FDJ setzten davon den DDR-Ministerpräsidenten in Kenntnis, der anwesende Vertreter der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens von Parteien und Massenorganisationen informierte dieses Gremium. Offenkundig entwickelten sich aber inzwischen in der Unabhängigen Kommission unterschiedliche Standpunkte. Am 28. März 1991 bestätigte der Sekretär der Unabhängigen Kommission, GERO VON HAMMERSTEIN, das einvernehmliche Handeln des Instituts mit den Behörden.

Ministerialdirigent HÄSELER von der gleichen Behörde hingegen ließ mich im Juli 1991 schriftlich und telefonisch wissen, daß er diesen Standpunkt nicht teile. In der Folge erschien eine vierköpfige Projektgruppe im Institut und erklärte sich als Bevollmächtigte der Treuhandgesellschaft zur Aufsicht über das Archiv berechtigt.

Diese Position basierte auf einem Schreiben der Abt. Massenorganisationen, Direktorat Sondervermögen, der Treuhandanstalt vom 9. Dezember 1991: „Die Archivbestände der FDJ unterliegen wie das sonstige Vermögen der FDJ treuhänderischer Verwaltung durch die Treuhandanstalt.“¹⁰ Weiter hieß es, es gelte „ab sofort im Vorgriff auf die zu erwartenden gesetzlichen Regelungen“ aktiv zu werden.

Seit dem 10. Dezember 1991 üben Beauftragte der Treuhandanstalt die Schlüsselgewalt über alle Magazinräume des Archivs aus. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es in der alten Bundesrepublik jemals zu vergleichbaren Handlungen gekommen wäre, und falls doch, dann gewiß nicht ohne Folgen für die Urheber.

In einem mehrseitigen Gutachten kam übrigens ein Anwaltskollegium nach Überprüfung aller Umstände zu dem Schluß: „Es ist danach festzustellen, daß der Verein für zeitgeschichtliche Jugendforschung Eigentümer des ehemaligen Archivs der FDJ ist. Der Besitz wird für den Verein durch das Institut ausgeübt, in dessen ‚Jugendarchiv‘ das ehemalige Archiv der FDJ als Teilarchiv eingegliedert ist.“¹¹

Wir befinden uns gegenwärtig also in einem Schwebezustand. Ich sehe einerseits keinen Handlungsbedarf und auch kein Verfügungsrecht des Staates über unser Archiv, andererseits stehe ich allen Vorschlägen, die uns eine sinnvolle Weiterarbeit mit dem Archiv erlauben, aufgeschlossen gegenüber. Die in der öffentlichen Diskussion befindliche Idee, alle Archive von Parteien und Massenorganisationen der DDR in eine gemeinnützige Stiftung einzubringen, halte ich unter bestimmten Bedingungen für akzeptabel. Das schlosse gleichermaßen das Archiv des FDGB, der PDS oder die bereits von der Konrad-Adenauer-Stiftung übernommenen Archivalien der DDR-CDU und der Bauernpartei sowie die in die Friedrich-Naumann-Stiftung überführten Akten der LDPD und NDPD ein.

6. Wie fühlt man sich nach anderthalb Instituts-Jahren?

Die Frage ist nicht eindeutig mit einer Grundstimmung zu beantworten. Meine Mitarbeiter leben mit mir in dem Bewußtsein, eine sinnvolle wissenschaftliche Einrichtung etabliert zu haben und verweisen auf erste Forschungsergebnisse. Wir haben eine Studie („Jugend nach der Vereinigung“) vorgelegt und uns an verschiedenen Projekten – u.a. gesamtdeut-

10 Brief der Abt. Massenorganisationen, Direktorat Sondervermögen, der Treuhandanstalt Berlin an Dr. Olden-
hage, Leiter des Bundesarchives in Potsdam, 9. Dezember 1991.

11 TSCHERCH, M.: Gutachten zu den Eigentumsverhältnissen am ehemaligen Archiv der FDJ, 12. April 1991.

sche SHELL-Studie – beteiligt. Es entstanden bibliographische Arbeiten, Quellenübersichten, Presseanalysen, Materialsammlungen, wissenschaftliche Studien, es wurden mittel- und langfristige Untersuchungen begonnen, und im Institutsarchiv nahm eine Projektgruppe im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ihre Arbeit auf, dies trotz enormen ökonomischen und psychischen Drucks, während dramatischer gesellschaftlicher Veränderungen und Turbulenzen. Der Selbstbehauptungswille ostdeutscher Wissenschaftler, die als Dissidenten und Aktivisten der Wendezeit das Recht auf eine autonome Forschung im Osten sich erstritten haben, konnte nicht gebrochen werden. Auf der anderen Seite machten wir auch viele negative Erfahrungen, die wohl exemplarisch für den Vereinigungsprozeß der beiden Deutschländer sind. Wir bekamen es nicht nur mit verständnisvollen und aufgeschlossenen Politikern und Kollegen in den alten Bundesländern zu tun sondern auch mit Kleingeistern und Bürokraten, die mit der Pose des Siegers uns neuerlich zu entmündigen trachteten und uns das Recht auf eigene Forschung absprachen. Und mancher bekämpfte so auch in uns eine unliebsame Konkurrenz, statt den unterschiedlichen wissenschaftlichen Ansatz produktiv zu machen. In der Abwehr solcher Attacken haben wir viel Kraft und Energie verschlissen, die für die wissenschaftliche Arbeit dringend benötigt wurden. Darum muß ernüchtert festgestellt werden: ohne solche Abwehrkämpfe wäre unser wissenschaftlicher Ertrag bedeutender.

Und auch jetzt ist noch vieles offen. Die Perspektive des Instituts ist noch nicht definitiv entschieden, ebenso die des Archivs. Ich gehe aber davon aus, daß künftig mit größerem Augenmaß und stärkerem Verständnis für die Probleme im Osten Entscheidungen vorbereitet und getroffen werden.

*

Der Beitrag wurde vor nunmehr einem Jahr geschrieben. Inzwischen ist manches bereits überholt.

Die Lage des IzJ e.V. ist allerdings nicht entspannter. Das „Ossi-Team“ mit eigenem Profil und konzeptionellen Vorstellungen hat trotz anhaltender existentieller Sorgen Arbeitsergebnisse vorgelegt, die in der wissenschaftlichen Welt Anerkennung fanden.

Augenblicklich wehrt sich das Team erfolgreich mit einer einstweiligen richterlichen Verfügung gegen Gewaltmethoden der Treuhänder, die das von uns gerettete und gesicherte Archivgut in eine unselbständige Stiftung im Bundesarchiv unter westdeutsche Oberhoheit überführen will, ohne die von uns so schwer errungenen günstigen Bedingungen für die Benutzung, Sicherung und Erschließung des Materials in gleicher Qualität zu garantieren. Sie ignorieren dabei die vom Gesetz für die Stiftung vorgeschriebenen und zu treffenden vertraglichen Vereinbarungen mit dem Einbringer (IzJ). Das seit Januar 1992 nicht mehr aus öffentlicher Hand finanzierte Institutsarchiv wird zur Zeit durch internationale Hilfe solange erhalten, bis unabhängige Richter an der Sache orientierte Entscheidungen treffen konnten, und damit der Weg für faire Verhandlungen offen ist.

Wir empfehlen den interessierten Lesern den 2. Band unseres Periodikums, den Jahresbericht 1992.

Anschrift der Autorin

Dr. Helga Gotschlich, Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung e.V.,
Thulestr. 48–64, O-1100 Berlin.